

tacheles **GRATIS**

Zeitung für Emanzipation und Solidarität Ausgabe 65 · Herbst 2016 · Kostenlos



Inhalt

Editorial	2
Kommen jetzt doch Kürzungen bei den Bussen?	3-5
Kommentar zum Haushalt	5
Bayer will Monsanto schlucken	6-7
Das Ittertal als Biotopverbund zwischen Wupper und Rhein erhalten	8-9
Für ein städtisches Schwimmbad am Vogelsang!	9
14 neue Stellen für den Ordnungsdienst?	10
Türkei: Gegen Putsch und Diktatur	10
Handelsabkommen für globale Wirtschaftskriege	11-12
Bundesfernstraßengesellschaft: Ausverkauf der Daseinsvorsorge	12-13
Gemeinsam gegen rassistische Gewalt	13
Türkei: Eine Reise in den Putsch	14-15
Buchtipps: Fantasiegeschichten	15
Gruppeninfos	16

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3.000

Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

E-Mail: tacheles-solingen@gmx.de
www.tacheles-solingen.de

Ausgabe 65 15.9.2016

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche
 c/o Café Courage,
 Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
 Bankverbindung:

Bürgerinitiativen-Büro Solingen e.V.
 IBAN: DE31330605920005464641
 BIC: GENODED1SPW (Sparda Bank)

Layout: Heinz Mähner

Titelbild: Heinz Mähner

Editorial

- 2 Nach langer Zeit ist die tacheles wieder unter ihrer gewohnten Adresse www.tacheles-solingen.de zu erreichen. Wie so oft scheiterte es an Personal, die Problem haben wir nun gelöst. Ein wichtiger Schritt im Fortbestand der tacheles. Die Stärke der tacheles liegt in der Dualität von Print- und Digitalausgabe.
- 3-5 Es sind jetzt alle bisher erschienenen Ausgaben der tacheles als PDF-dateien downloadbar. Zudem stehen die meisten Artikel auch online einzeln zur Verfügung. Da die Seite noch im Aufbau ist läuft manches noch nicht rund. Wir bitten Sie/Euch uns das nachzusehen und uns auf Fehler aufmerksam zu machen.
- 6-7
- 8-9 Wir suchen noch dringend Mitstreiter die Interesse am Fortbestand der tacheles haben für die Bereiche:
- 9 - Allgemeine Mitarbeit
 - 9 - Artikel Schreiben
 - 10 - Die Zeitung einmal im Quartal verteilen
 - 10 - Jemand der sich um Anzeigenkunden kümmert
 - 10 - Interessierte, die Anzeigen in der tacheles schalten
 - 10 - Interessierte, die die tacheles abonnieren
 - 10 - oder uns mit Spenden unterstützen wollen.

tacheles ist eine Zeitung die von Ehrenamtlichen gemacht wird und lebt.

12-13 Bei Interesse können Sie / könnt Ihr über die email - tacheles-solingen@gmx.de - mit uns Kontakt aufnehmen.

Ihre/Eure tacheles Redaktion

Kontaktadresse:
 ZukunftsWelten e.V.
 Mühlenteich 5 42653 Solingen
 Tel.: 0212-59 04 01 FAX: 259 25 11

A
g
e
n
d
a

P
r
e
i
s
t
r
ä
g
e
r

2
0
0
0



Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto
 ZukunftsWelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen

Frauen und
Café Courage
 Initiativen Treff e.V.

Klemens-Horn-Str. 3
 42655 Solingen
 Tel.: 0212 27 36 35

Mittwochs offene Tür

von 12:00 bis 15:00 Uhr

Offener Willkommenstreff für Flüchtlinge und
 UnterstützerInnen

von 15:00 bis 18:00 Uhr

KOMMEN JETZT DOCH KÜRZUNGEN BEI DEN BUSSEN?

Der ÖPNV-Fahrgastbeirat erhielt die 33-seitigen Vorlagen zu Kürzungen beim Busverkehr erst in seiner Sitzung am 1.9. 2016. Darin stand: Der derzeitige Busfahrplan soll um ca. 605 Tsd. €/Jahr gekürzt werden. Darüber sollte der Beteiligungsausschuss schon am 13.9. und der Planungsausschuss (ASUKM) am 19.9. entscheiden.

Vorgeschlagen werden, neben weiteren, folgende Kürzungen im Busangebot:

- Starke Reduzierung der Nachtbedienung Sonntags bis Donnerstags. Auf den Hauptlinien würde der letzte Bus um ca. 23:30 Uhr los fahren.

- Einsparung der ersten Frühfahrten an Sonntagen.

- Taktreduzierung der Linie 683 zwischen Krahenhöhe und Burg auf maximal 30 min-Takt.

- Aufgabe des Kleinbusses KB 688, der seit Ende 2013 für eine bessere Anbindung der bisher völlig abgeschnittenen Wohngebiete Fürkeltrath, Eipaß, Nümmen, Lochbachtal sowie der Gewerbegebiete Dycker Feld und Piepersberg sorgt.

- Busse der Linie 684 sollen wochentags durchgängig nur noch alle 15 Minuten fahren, notwendig werdende Zusatzbusse nicht im Fahrplan erscheinen.

Zur Vorgeschichte 1: Ratsmehrheit verhindert 2014 Feiths Bus-Kahlschlag

Der frühere OB Feith (CDU) und die Stadtverwaltung hatten 2014 vorgeschlagen, den Umfang des gerade erarbeiteten neuen Nahverkehrsplans (NVP) um 800 Tsd. €/Jahr zu kürzen. Das Ergebnis vieler Proteste und langer Verhandlungen zum Haushaltssicherungsplan 2015 (HSP) zwischen den Ratsfraktionen wurde am 11.12.2014 vom Rat beschlossen:

200 Tsd. €/Jahr sollten durch „Begrenzung Fahrplan auf Niveau des Nahverkehrsplanes“ gespart werden. Das bedeutet: Der gerade beschlossene NVP sollte weiterhin vollständig umgesetzt werden. Von den Stadtwerken (SWS) durchgeführten Fahrten dagegen, die über das Busangebot des NVP hinausgehen, sollen eingespart werden. Der Fahrgastbeirat



Der umweltfreundliche Busverkehr wird in Solingen gut genutzt. Am Busbahnhof Graf-Wilhelm-Platz gibt es sehr viele Fahrgäste. Foto: Heinz Mähler

hat dazu einen detaillierten Vorschlag erarbeitet. Und durch den Sommer-Schulferienfahrplan wurden schon ca. 76 Tsd. €/Jahr eingespart.

200 Tsd. €/Jahr sollten durch „Einnahmoptimierung“ das Ergebnis verbessern. Durch Mehreinnahmen aus Fahrpreiserhöhungen, verbessertem Marketing und Sozialtickets wurden sogar 270 Tsd. €/Jahr eingenommen. Anders als in vielen Nachbarstädten werden in Solingen die Einnahmen aus Fahrpreiserhöhungen nicht durch Fahrgastverluste aufgeessen. Dies ist ein Erfolg des gut an die BusnutzerInnen angepassten Angebots.

Weitere 300 Tsd. €/Jahr sollten durch interne Einsparungen ohne Auswirkungen auf den Fahrplan erbracht werden. Durch ein Restrukturierungsprojekt wurden schon weit mehr als 200 Tsd. €/Jahr eingespart.

Die verlangte HSP-Kostensenkung des Busverkehrs um insgesamt 700 Tsd. €/Jahr wird also vollständig erbracht werden.

Nicht miteinander vergleichbare Zählungen sollen Angebotsabbau begründen

Statt der HSP-Position „Begrenzung Fahrplan auf Niveau des Nahverkehrsplanes“ mit einer Einsparung in Höhe von 200 Tsd. €/Jahr sollen nach der aktuellen Vorlage jedoch ca. 605 Tsd. €/Jahr im Fahrplan eingespart werden.

Als Begründung wird angeführt, dass Fahrgastzählungen einen Rückgang der Fahrgäste um 4% erbracht hätten. Dabei wurden die Fahrgastzählungen zu unterschiedlichen Zeiten durchgeführt: Während 2013 im Herbst gezählt wurde, geschah dies 2015 im Frühjahr und im Herbst. Im Herbst werden die Busse wegen des Wetters jedoch stärker genutzt. Statt bei den Zählungen Äpfel mit Birnen zu vergleichen wäre es sinnvoll, Zählgeräte einzusetzen. Unberücksichtigt blieb auch, dass die Bevölkerungsentwicklung nach den

Zählungen im letzten Jahr angestiegen ist und dieser Trend nach allen Prognosen anhalten wird. Zugleich gibt es einen wachsenden Anteil älterer Menschen, die auf den Bus angewiesen sind. In Wirklichkeit hat auch der neue NVP dazu beigetragen, dass die SWS Einnahmesteigerungen um 270 Tsd. €/Jahr realisieren konnten (s.o.). Ein weiterer positiver Effekt ist, dass abends bei verbessertem Angebot wieder deutlich mehr Menschen mit dem Bus fahren. Die Schaffung eines vernünftigen Angebotes hat sich also gelohnt. In Bereichen, in denen die Bedienung eingeschränkt wurde, wie bei der Linie 695 gab es dagegen Fahrgastverluste.

Der Fahrgastbeirat fordert, nicht übergangen zu werden

Dies wäre ein Kahlschlag, eine Missachtung der intensiven Bürgerbeteiligung und ein Verstoß gegen den Ratsbeschluss zum geltenden HSP und zum NVP.

Der Fahrgastbeirat beschloss am 1.9. 2016 einstimmig ohne Enthaltungen:

„1. Der ÖPNV-Fahrgastbeirat appelliert an die Solinger Stadtverwaltung und die Solinger Kommunalpolitik, den Leistungsumfang des vom Stadtrat am 16.05.2013 beschlossenen Nahverkehrsplanes beizubehalten und keine weiteren Kürzungen beim Busangebot durchzuführen. Ein guter öffentlicher Personennahverkehr in Solingen erbringt einen wesentlichen Beitrag dazu, dass die Stadt ihre Aufgaben aus dem „Klimaschutzkonzept der Stadt Solingen“ sowie als Modellkommune im Projekt „Global nachhaltige Kommune in NRW“ in Bezug auf den Umweltschutz und die soziale Inklusion erfüllen kann.“

2. Der Nahverkehrsplan wurde unter intensiver Mitarbeit des Fahrgastbeirates nach umfangreicher Bürgerbeteiligung u.a. in fünf Bürgerversammlungen erarbeitet. Die Fahr-

tacheles-Jahresabo

Ein Jahr für 13 € frei Haus
Unterstützungs-Abo 20 €
frei Haus

Bankverbindung
Bürgerinitiativenbüro e.V.
IBAN: DE31330605920005464641
Stichwort „tacheles-Abo“
BIC: GENODED1SPW (Sparda Bank)

gäste des öffentlichen Personennahverkehrs haben ein Recht darauf, nicht weiter verunsichert zu werden durch ständig wiederkehrende Kürzungsdiskussionen.

3. Die im Nahverkehrsplan enthaltene Kleinbuslinie KB 688 soll weiterhin erhalten bleiben. (...) Für die Fahrgäste sinnvolle Optimierungen in Streckenverlauf und Taktung sollten geprüft und umgesetzt werden.

4. Der ÖPNV-Fahrgastbeirat verweist auf seinen einstimmigen Beschluss vom 02.06.2016 zum Umgang mit der Haushaltssicherungsposition „Begrenzung Fahrplan auf Niveau des Nahverkehrsplanes“. Er appelliert an den ASUKM, die darin vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erfüllung des HSKs umzusetzen und keine weiteren Angebotseinschränkungen gegenüber dem derzeit geltenden Fahrplan durchzuführen.“

Der Fahrgastbeirat wandte sich auch dagegen, dass die Beschlüsse schon gefasst werden, ohne dass er sich mit den Verwaltungsvorschlägen auseinandersetzen konnte: „Der ÖPNV-Fahrgastbeirat spricht sich dringlich dafür aus, die Beschlussfassung der weiteren Gremien zu verschieben. Die in der Sitzung gewünschten Daten (konkrete Fahrzeiten der Kürzungen im Früh- und Spätverkehr, Einnahmeentwicklung des Verkehrsbetriebes, Bevölkerungs- und Schülerzahlen seit der Fahrgastzählung 2015 sowie die konkrete Euro-Bezifferung der Kilometer-Leistungen der Kürzungsvorschläge) sollten zunächst vorgelegt werden. Er bittet eine weitere Sitzung des ÖPNV-Fahrgastbeirates unter Kenntnis dieser Daten abzuwarten.“

Das Einsparziel wird nachträglich noch höher gerechnet

In den SWS-Wirtschaftsplan wurde, von der Öffentlichkeit unbemerkt, noch eine weitere Einsparsumme eingerechnet: In anderen Bereichen gehen die HSP-Maßnahmen aus

Der ÖPNV-Fahrgastbeirat – die Interessenvertretung der Fahrgäste von Bus- und Bahn

(dg) Der Fahrgastbeirat wurde erstmals 2010 eingerichtet. Ihm gehören neben fünf Vertretern der Abo-Kunden u.a. Mitglieder des Jugendstadtrates, Seniorenbeirates, Frauenforums, der Umweltverbände und der Ratsfraktionen an. Er entwickelte in zahlreichen Treffen zusammen mit der Verwaltung und einem Gutachter den neuen Nahverkehrsplan, der besser auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet ist und viel Zustimmung erfährt. Besonders wichtig war dem Beirat dabei die Rücknahme von Kürzungen morgens und abends sowie die Berücksichtigung von bisher abgeordneten Siedlungen.



Wird der Aufbruch für einen attraktiveren Nahverkehr durch massive Kürzungspläne zunichte gemacht? Foto: Heinz Mähner

dem Vorjahr in den Beschluss des aktuellen HSP mit ein. Im Falle der Einsparungen im Verkehrsbereich soll dies anders sein. Hier rechnet die Verwaltung jetzt zu den 700 Tsd. €/Jahr aus dem 2015er HSP weitere 400 T. €/Jahr als Einsparziel für interne Einsparungen aus früheren Haushaltssicherungsplänen dazu. So soll der Verkehrsbereich jetzt also statt 700 Tsd. €/Jahr 1,1 Mio. €/Jahr einsparen.

Soll jetzt soll der Busverkehr die BSG-Krise ausbaden?

Zugleich rollt eine weitere Kürzungsrunde beim ÖPNV heran: Die Stadt Solingen hat sehr viele kostenträchtige Einrichtungen in die Beteiligungsgesellschaft (BSG) ausgelagert. Diese ist eine 100%ige Tochter der Stadt. In der Regel entstehen Verluste bei Wirtschaftsförderung, Galvanoinstitut, Gründerzentrum, Symphonikern, Kunstmuseum, Musikschule und Schwimmbädern. Nur die SWS machen sogar nach Abzug des Defizits des Busverkehrs von den Einnahmen des Versorgungsbereiches immer noch Gewinn. Die SWS können die Aufwendungen für die zahlreichen Einrichtungen aber nicht mehr alleine ausgleichen. Deshalb wird die BSG ca. 2021 insolvent werden, wenn nichts geschieht. Die Stadt hat eine Unternehmensberatung damit beauftragt, eine „Portfolio-Untersuchung“ der BSG durchzuführen, deren Empfehlungen am 22.9. 2016 veröffentlicht werden. Notwendig wäre eine Rückabwicklung der Auslagerung der Einrichtungen in den städtischen Etat und eine Verbesserung der Einnahmen der Stadt. Nach Verwaltungsaussagen ist jedoch zu vermuten, dass stattdessen der Busverkehr massiv eingeschränkt werden soll. Der Geschäftsführer des SWS-Verkehrsbetriebes hat in den SWS-Wirtschaftsplan je-

denfalls schon mal ein „Potential“ von zusätzlichen Einsparungen in Höhe von fast 700 Tsd. € genannt, das vermutlich mit weiteren Kürzungen verbunden wäre.

Der Stadtkämmerer schlägt derweil vor, den Zuschussbedarf des Busverkehrs auf dauerhaft 9 Mio. €/Jahr zu deckeln. Das wären 725 Tsd. € weniger, als dem Busbetrieb heute insgesamt zur Verfügung stehen.

Das wirkt so, als sei ein Philosophiewechsel geplant, bei dem nicht mehr versucht werden soll, mit einem verbesserten Angebot und kundenfreundlicherer Kommunikation mehr Menschen in Busse und Bahnen zu bringen. Stattdessen soll überall dort abgebaut werden, wo u.a. wegen eines unzureichenden Angebotes eine geringere Nutzung existiert. Die zu erwartende Folge wären massive Fahrplankürzungen, daraus resultierende Fahrgast- und Einnahmeverluste und somit eine fortgesetzte Abwärtsspirale.

Der Rat und die Verwaltung sollten weiterhin zu einem attraktiven Nahverkehr stehen!

Die Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ befragte für ihre 2000fach verteilten „Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2014“ die Parteien. SPD, Grüne, FDP, BfS, Linke, SG Aktiv und FBU erklärten schriftlich ihre jeweilige Ablehnung von weiteren Kürzungen beim Busverkehr. Nur die CDU schickte keine Antwort.

Im OB-Wahlkampf befragte die Bürgerinitiative Kandidaten für ihre, ebenfalls in 2000er Auflage verteilten, „Wahlprüfsteine zur Oberbürgermeisterwahl“. Eine Frage lautete: „Werden Sie als Oberbürgermeister in ihrer Amtszeit 2015 - 2020 weitere Kürzungen beim Solinger Busverkehr unterstützen?“ Der damalige OB-Kandidat und heutige Oberbürgermeister Tim Kurzbach schrieb



dazu im April 2015: „Ich stehe hinter dem deutlich attraktiveren neuen Nahverkehrsplan, der bei den Solingerinnen und Solingern offenbar gut angekommen ist. SPD und Grüne unterstützen den SWS-Verkehrsbetrieb massiv darin, diesen Standard mit modernem Marketing und einer effizienten Unternehmensführung zu untermauern. Für weitere Kürzungen sehe ich keinen Anlass. Bei wirklich innovativen Ideen sollten vernünftige Umschichtungen innerhalb des Nahverkehrsplans aber immer möglich sein.“

Zur Vorgeschichte 2: Gesellschaftlicher Widerstand verhindert 2010 Fahrplankürzungen

Nachdem 2007 der Busverkehr beschnitten wurde, konnte 2010 beim großen „Sparhaushalt“ die von der Verwaltung vorgeschlagene weitere „Standardabsenkung ÖPNV“ um 750 Tsd. €/Jahr verhindert werden. Dem war ein gesellschaftlicher Aufschrei vorausgegangen. Auf Initiative von „Solingen gehört uns“, VCD und Schülervertretung des Gymnasiums Vogelsang war eine Resolution von 20 Solinger Vereinen gegen die Fahrplankürzungen erarbeitet worden. Mit dabei u.a.: BUND, Evangelische Stadtkirchengemeinde, Mitarbeitervertretung des Diakonischen Werkes Bethanien, Naturfreunde, Personalrat der Bergischen VHS und Solinger Frauenforum. In der Resolution heißt es: „Wir wünschen uns den Erhalt des Angebotsumfangs des Solinger Busverkehrs. Wir lehnen Angebotsabbau beim Öffentlichen Personennahverkehr ab, dies würde nicht zuletzt auch der Umwelt schaden.“ Auch bei der 2010er Internetbefragung waren die Kürzungen durchgefallen. Der 2010 neu eingerichtete ÖPNV-Fahrgastbeirat hatte in seiner ersten Sitzung die Ablehnung der Einschränkungen beim Busangebot gefordert.

Dietmar Gaida

KOMMENTAR ZUR HAUSHALTSBERATUNG: Glaubwürdigkeit und sozialer Zusammenhalt

Nicht nur die Bundes-, auch die Kommunalpolitik muss wieder glaubwürdiger werden. Dies bedeutet zum Beispiel, dass Solingen seine selbstgesteckten Ziele auch im schwierigen kommunalpolitischen Alltag ernst nimmt. Solingen nimmt als „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ am UN-Programm für die kommunale Umsetzung der Ziele der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ teil. Es geht dabei besonders um Klimaschutz und Teilhabe aller an der Gesellschaft. Eines der von der UN beschlossenen Ziele in diesem Programm lautet: „Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen.“

Zur Glaubwürdigkeit gehört auch, dass das Versprechen, die Beteiligung der Bürger ernst zu nehmen, insbesondere da eingehalten wird, wo BürgerInnen sich intensiv für das Gemeinwesen einsetzen. Das haben zum Beispiel die BürgerInnen getan, die sich in zahlreichen Sitzungen des ÖPNV-Fahrgastbeirates oder in den fünf öffentlichen Bürgerversammlungen unentgeltlich für einen gut auf die Bedürfnisse der SolingerInnen abgestimmten neuen Nahverkehrsplan engagiert haben.

Zur Glaubwürdigkeit gehört ebenso das Umsetzen der Wahlversprechen. SPD, Grüne, FDP, BfS, Linke, SG Aktiv und FBU sowie der Oberbürgermeister haben vor den letzten kommunalen Wahlen in 2014 und 2015 erklärt, dass sie weitere Kürzungen im öffentlichen Personennahverkehr ablehnen und dass sie zum neuen Nahverkehrsplan stehen. Die kommunalpolitisch Verantwortlichen sollten

diese vernünftige Haltung zu einem attraktiven öffentlichen Nahverkehr auch in der konkreten Diskussion der Einsparvorschläge einnehmen.

Es kann nicht sein, dass angesichts dessen der Haushaltsausgleich durch den Abbau des klimaschonenden und sozial inklusiven Busverkehrs hergestellt werden soll. Stattdessen ist eine Reduzierung der Aufwendungen z.B. für die „Wirtschaftsförderung“, zu überlegen. Auch eine maßvolle Grundsteuererhöhung, die die Einzelnen je nach Wohnungs- und Grundstücksgröße nur sehr gering trifft, ist denkbar, die Grundsteuer liegt inzwischen deutlich niedriger als in Remscheid oder Wuppertal.

Vor allem aber ist es notwendig, dass die örtlichen Parteien und die BürgerInnen viel stärkeren Druck auf die Bundesparteien und die Bundesregierung ausüben, damit diese endlich mehr finanzielle Mittel für die Städte und Gemeinden zur Verfügung stellen. Die Nothaushaltskommunen, zu denen Solingen als altindustrieller Standort mit hohen Sozialaufwendungen und Altlastensanierungskosten gehört, brauchen dringend finanzielle Hilfe zur Erhaltung der sozialen, ökologischen, sportlichen und kulturellen Angebote und zur Sanierung der überalterten Infrastruktur.

Hier vor Ort entscheidet sich, ob die Gesellschaft zusammenhält und allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Dazu gehört auch ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr, der allen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht! In den letzten Jahren war der Kampf vieler Engagierter, Vereine, Institutionen und des Fahrgastbeirates gegen diese unsinnigen Kürzungsplanungen mehrfach erfolgreich. Das zeigt: Wir können und sollten uns dagegen wehren!

Dietmar Gaida

Erstmalig: Wintermarkt im Hofschafmuseum!

...Grün, Grün, Grün, allerlei aus Filz und Leinen, Geschenkideen aus der Nachbarschaft
und

Luren und schnöüwren im Hofschafmuseum
Buscher Feld 24 in Solingen

von Montag den 17.11.2016
bis zum Sonntag den 27.11.2016 (1. Advent)
immer von 15 -19 Uhr



THE BAD & THE UGLY

BAYER will MONSANTO schlucken

BAYER setzt dazu an, ein Monopol über die globalen Agro-Märkte zu errichten und damit die Kontrolle über wichtige Glieder der Nahrungsmittel-Kette zu erlangen. Auf entsprechend großen Widerstand stößt das Vorhaben.

„Wir sind seit langem von MONSANTO beeindruckt und teilen die Überzeugung, dass durch ein integriertes Geschäft erheblicher Wert für die Aktionäre beider Unternehmen entstehen würde“, mit diesen Worten begründete BAYER-Chef Werner Baumann die Übernahme-Pläne. 62 Milliarden Dollar bietet der Leverkusener Multi aktuell für die US-Gesellschaft.

Eine Akquisition dieser Dimension hat ein bundesdeutsches Unternehmen bisher noch nie bewerkstelligt – und in diesem Jahr weltweit noch keine andere Firma. Gelänge der Coup, würde der mit Abstand größte Agro-Konzern der Erde entstehen. Einen „bedeutend größeren Fußabdruck auf dem Globus“ würden die zusammengelegten Geschäfte der beiden Firmen hinterlassen, frohlockt der Leverkusener Multi. In seinen Werbe-Broschüren zum Übernahme-Plan errechnet er auf Basis der 2015er Zahlen stolz einen gemeinsamen Umsatz von 23,1 Milliarden Dollar. Damit kann niemand aus der Branche mithalten. Die frisch vermählten Paare SYNGENTA/ChemChina und Dupont/Dow folgen mit weitem Abstand (14,8 bzw. 14,6 Milliarden), und auf Rang vier landet abgeschlagen BASF mit 5,8 Milliarden.

Bei den Pestiziden kommen BAYER und MONSANTO zusammen auf einen Marktanteil von rund 25 Prozent, beim Saatgut für gentechnisch veränderte und konventionelle Ackerfrüchte auf einen von rund 30 Prozent. Allein die Gen-Pflanzen betrachtet, erreichen die beiden Konzerne vereint mit weit über 90 Prozent sogar eine klar dominierende Position. Entsprechend besorgt reagierte die Coordination gegen BAYER-Gefahren. „Wir

schlagen Alarm: ‚Wer das Saatgut kontrolliert, beherrscht die Welt‘, hat Henry Kissinger einmal gesagt. Durch die Übernahme droht ein weltweites Lebensmittel-Monopol. Die Welternährung gerät in ernste Gefahr“, so Axel Köhler-Schnura vom Vorstand der CBG.

Und das umso mehr, als sich da wirklich The Bad & the Ugly vermählen würden. Was dem US-Unternehmen sein Glyphosat, das ist dem Leverkusener Multi sein Glufosinat, was dem US-amerikanischen Agro-Riesen seine Gen-Pflanzen der Produktreihe „ROUND UP“, das sind seinem deutschen Pendant die LIBERTY-LINK-Ackerfrüchte. Gesundheitsschädliche Chemikalien wie Polychlorierte Biphenyle (PCB) und vietnamkriegstaugliche Agrochemikalien produzierten beide. Und BAYER war im Gegensatz zu MONSANTO sogar schon 1914-1918 und 1939-1945 Kriegsteilnehmer. Trotzdem tischen viele Zeitungen bei ihrer Berichterstattung über den geplanten Deal die Mär vom Umweltengel aus Leverkusen auf, der sich auf einen Pakt mit dem Teufel einlassen will.

Das aktuell auf 55 Milliarden Euro bezifferte Gebot des deutschen Global Players, „der sich in den vergangenen Jahren viel Mühe gegeben hat, als sauberes Unternehmen dazustehen“ (Rheinische Post), markiert den vorerst letzten Zug in einem makabren Monopoly-Spiel um eines der wichtigsten Güter der Menschheit: der Nahrung. Eröffnet hatte es MONSANTO selber, mit dem Begehr, SYNGENTA zu übernehmen. Die Schweizer aber bevorzugten ChemChina als neuen Partner, und plötzlich mochten auch Dupont und Dow nicht mehr auf eigenen Füßen stehen – sie fusionierten. Mit dieser Entwicklung beschleunigte sich der Konzentrationsprozess im Agro-Business noch einmal, der vor rund 20 Jahren begann. Im Saatgut-Bereich etwa hatten sich 1985 noch keine oligopolartigen Strukturen herausgebildet. Die zehn größten



Anbieter kamen bloß auf einen Marktanteil von ca. 12,5 Prozent. 2011 sah das jedoch schon ganz anders aus, da teilte die damalige Top 10 bereits 75,3 Prozent des Geschäfts unter sich auf. Einen wesentlichen Antrieb für die neue Übersichtlichkeit stellte dabei die Gentechnik dar. Sie verlangte nämlich nach einer vertikalen Integration. „Ein neues Gen ist nutzlos ohne einen hochwertigen Grundstock von Saatgut, in das es eingebaut werden kann, und eine Infrastruktur, die solches bereitstellt“, wie es ein Finanz-Analyst einmal formulierte.

Käme BAYER bei MONSANTO zum Zuge, so erlangte der Leverkusener Multi aber nicht nur die Hoheit über die Esstische. Der Deal hätte noch weitere negative Folgen. Die LandwirtInnen etwa müssten sich auf höhere Betriebskosten einstellen, denn diese steigen verlässlich in Korrelation zum Monopolisierung.

Hier könnte Ihre / Eure Anzeige stehen!



Mit einer Auflage von 3.000 Exemplaren
ausgelegt für drei Monate
an 140 öffentlichen Stellen
zur kostenlosen Mitnahme

Wir bieten zu günstigen Konditionen
genau die richtige Anzeige ...

Auf Wunsch gestalten wir Ihre / Eure Anzeige

Die „tacheles“ finanziert sich zu 100% aus den Anzeigen.

Wir freuen uns deshalb ganz besonders auf Ihre / Eure Anzeige!

Kontakt: tacheles-solingen@gmx.de



ungsgrad der Branche. Allein die Preise für Mais- und Baumwoll-Saatgut haben sich in den vergangenen 20 Jahren nach Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums vervierfacht.

Überdies hätten die LandwirtInnen noch weniger Auswahl. Die oligopol-artigen Strukturen haben jetzt schon einen riesigen Innovationsstau mit sich gebracht. An eine Landwirtschaft ohne Gifte verschwenden die Konzerne keinen Gedanken, sie schaffen es noch nicht einmal, Ersatz für ihre Uralt-Mittel zu finden. BAYERs Glufosinat oder MONSANTOs Glyphosat haben schon über 40 Jahre auf dem Buckel. Deshalb trotzen immer mehr Unkräuter diesen Substanzen. Den FarmerInnen bleibt nichts anderes übrig, als die Gift-Dosis zu erhöhen. Und der Leverkusener Multi leugnet diesen Tatbestand keineswegs. „Seit über 25 Jahren hat die weltweite Pflanzenschutz-Industrie kein wirtschaftlich bedeutendes Herbizid mit neuem Wirkmechanismus mehr für Flächenkulturen entwickelt und auf den Markt gebracht – unter anderem eine Folge der Konsolidierung der Industrie, die mit einer deutlichen Reduktion der Forschungsaufwendungen für neue Herbizide einherging“, so der BAYER-Forscher Dr. Hermann Stübler.

Die bei Transaktionen dieser Art immer gerne beschworenen „Synergie-Effekte“ schließlich lassen ebenfalls Böses ahnen. Der bundesdeutsche Agro-Riese konnte diese sogar schon genau beziffern: mit 1,5 Milliarden Dollar zusätzlicher Einnahmen nach drei Jahren Baysanto rechnet er. Dazu dürfte die Arbeitsplatz-Vernichtung durch Beseitigung von Doppel-Strukturen einiges beitragen. Einen Job-Abbau – sei es zur Reduzierung der durch den Deal anfallenden Schulden oder im Zuge der Zusammenführung der Unternehmen – hat der Global Player ausdrücklich nur hierzulande ausgeschlossen. „Rationalisierungsmaßnahmen zur Finanzierung der Akquisition werden in Deutschland nicht stattfinden“, heißt es in einer mit dem Gesamtbetriebsrat geschlossenen Vereinbarung. Über die Grenzen schauen die Gewerkschafter also offenbar nicht – ein Tief der internationalen Solidarität.

Die Standort-Städte müssen sich ebenfalls auf so einiges gefasst machen. Ihnen ist die letzte Einkaufstour des Multis noch in denkbar schlechter Erinnerung. Unmittelbar nach dem Kauf der Merck-Sparte mit den nicht rezeptpflichtigen Arzneien hatte der Konzern nämlich verkündet: „BAYER rechnet ab dem ersten Jahr nach dem Vollzug mit signifikanten Steuer-Einsparungen.“ Und prompt hat er die Akquisition dann auch von der Steuer abgesetzt und damit vor allem seinen Stammsitz Leverkusen noch tiefer in die Verschuldung getrieben.

Den Grünen der Stadt schwant deshalb wie-

der Schlimmes. „Die Übernahme von MONSANTO ist teuer. Dies dürfte zur Folge haben, dass die Gewerbesteuer-Einnahmen der Stadt Leverkusen weiter sinken“, erklärte die Partei. Auch der grüne Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter kritisiert das Vorhaben des Unternehmens: „Die BAYER-Bosse folgen reiner Gewinn-Maximierung. Der geplante Deal würde die Welt nicht besser machen, sondern schlechter.“ Die SPD-Bundestagsabgeordnete Elvira Drobinski-Weiß bewertete das BAYER-Ansinnen unterdessen als „sehr problematisch“, weil die Gentechnik damit in der Bundesrepublik zu einem Wirtschaftsfaktor aufstiege und ergo mit mehr Macht auf die Äcker drängen würde. Die „Arbeitsgemeinschaft für bäuerliche Landwirtschaft (AbL) spricht sich ebenfalls



*Gentechnik-Multi
vor der Übernahme unserer Ernährung?
Montage: Coordination gegen
BAYER-Gefahren*

gegen Baysanto aus. „Durch die Fusion würde der Saatgut- und Pestizidmarkt noch weiter monopolisiert“, erklärte der Verband. Die US-amerikanische „National Farmers Union“ teilt im Gegensatz zur – von BAYER großzügig gesponserten „American Farm Bureau Federation“ – die Befürchtungen. „Das wird todsicher zu weniger Wettbewerb führen, und als direktes Resultat davon werden die Farmer höhere Preise zahlen, als sie es sonst müssten“, so NFU-Präsident Roger Johnson.

Ein Mitglied der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) schrieb in der Sache deshalb einen Brief an das Bundeskartellamt. „Wir versichern Ihnen, dass wir bei unseren Fusionsprüfungen sehr gewissenhaft die Märkte betrachten und dies auch künftig so handhaben werden, um den Wettbewerb zu schützen“, antwortete die Behörde. Auch die EU-Wettbewerbskommission, bei welcher der Fall wegen seiner großen Tragweite wohl landen wird, erhielt ein Schreiben. Die

Coordination verlässt sich allerdings nicht auf die Reaktionen der politischen Institutionen. Sie organisiert gemeinsam mit Partnern wie Sum Of Us und Campact einen breiten Widerstand gegen die Übernahme. Anfang Juni hat die CBG etwa zum Düsseldorfer „March against MONSANTO“ bzw. „Terra Viva March“ mobilisiert und dort auch gesprochen.

Der Faz graut indessen schon vor der nächsten Hauptversammlung des Leverkusener Multis. „Wenn sich heute schon das überwiegende Gros der Hauptversammlungsredner zu Themen äußert, die nicht viel mit Bilanzen zu tun haben, möchte man sich die Diskussionsinhalte künftiger BAYER-Aktionärs-treffen lieber nicht ausmalen“, schreibt die Zeitung. Ängstlich schaut sie darauf, was sich da gegen den nach noch mehr Größe strebenden Konzern zusammenbraut und wirft ihm vor, „diese von breiten Bevölkerungsschichten getragene gesellschaftliche Stimmung gegen aggressive Agrochemie-Konzerne und ihre Patente“ zu ignorieren und „nur noch auf Zahlen“ zu schauen.

Und in der Tat ist es diese Rendite-Fixierung von BAYER & Co., die das zynische Monopoly-Spiel um die Welternährung und ähnliche Entwicklungen in anderen Wirtschaftsbereichen anheizt. Für die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN dokumentiert dies einmal mehr die Dringlichkeit, die Multis unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen. Waren es laut einer Studie der ETH Zürich 2011 noch 147 Konzerne, die den gesamten Weltmarkt beherrschten, so dürfte ihre Zahl bis heute noch einmal deutlich gesunken sein. Allein 2015 belief sich der Wert der Fusionen auf rund fünf Billionen Dollar. Und das Jahr 2016 könnte diese Summe dank Baysanto noch übertreffen. Die Welt steuert also – mit freundlicher Unterstützung von Freihandelsabkommen wie TTIP, die staatliche Rechte auf Unternehmen übertragen – auf eine Diktatur der Konzerne zu, hinter denen wiederum eine Gruppe weniger Ultra-Reicher steht.

Damit ist es höchste Zeit, die Eigentumsfrage zu stellen und in den sozialen Bewegungen verstärkt über die Alternativen und deren Umsetzungsmöglichkeiten zu diskutieren. Die CBG fordert:

- Die Fusion der beiden Konzerne muss gestoppt werden!
- Die Konzerne vergesellschaften und unter demokratische Kontrolle stellen (wie es etwa die Landesverfassung von NRW vorsieht)!
- Das Profitprinzip muss fallen und einem Solidarprinzip weichen!

Jan Pehrke

JETZT DIE ONLINE-PETITION FÜR DAS ITTERTAL UNTERSTÜTZEN!

Noch bis zum 5.10. 2016 kann die online-Petition der Bürgerinitiative „Rettet das Ittertall“ im Internet unter folgendem Link unterstützt werden:

<https://www.openpetition.de/petition/online/das-ittertal-als-biotop-verbund-zwischen-wupper-und-rhein-erhalten-und-schuetzen>

Die Petition lautet:

Das Ittertall als Biotop-Verbund zwischen Wupper und Rhein erhalten und schützen. Der Lebensraum Ittertall ist durch geplante neue Gewerbegebiete auf derzeit landwirtschaftlich genutzten Flächen gefährdet. Zusammenhängende Freiraumbänder werden bedroht.

Diese Petition ist als Eingabe im Rahmen der Offenlegung des zweiten Entwurfs des neuen Regionalplans Düsseldorf (RPD) gedacht und hat das Ziel, den Grünzug Ittertall zu schützen und als Biotop-Verbund in den Regionalplan aufzunehmen.

Die Grünflächen (insbesondere Piepersberg-West, Fürkelrath 2, Buschfeld und Keusenhof) sollen der Landwirtschaft o.ä. erhalten werden. Auf neue Gewerbegebiete oder die Bebauung mit ähnlich großflächigen neuen Besiedlungen im Ittertall soll verzichtet werden:

- Herausnahme der Flächen aus dem RPD
- Der noch intakte Grünzug Ittertall zwischen der Wupper und dem Rhein soll erhalten und als Biotop-Verbund ausgebaut und geschützt werden.

- Schutz des Grünzuges und Stärkung als Biotop-Verbund.

Grundsätzlich muss die Weiternutzung gewerblicher Brachflächen als Gewerbegebiete vorrangiges Ziel vor der von Grünflächen sein.

- Weg von einer vermeintlich einfachen Steuereinnahme durch Ausweisungen von Grünflächen als Gewerbegebiete hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft mit vorhandenen



Bei einer Wanderung der Solinger Naturschutzverbände mit der Bürgerinitiative „Rettet das Ittertall“ wurde am 4.9.2016 auch das „Naturschutzgebiet Mittleres Ittertall und Baverter Bachtal“ besucht. Das von der Regionalregierung gegen die Mehrheit des Solinger Stadtrates geplante Gewerbegebiet Buschfeld wäre zu zwei Dritteln vom Naturschutzgebiet umgeben.

Brachflächen-Ressourcen und Stärkung einer innerstädtischen Wirtschaftsentwicklung

Begründung:

Die Solinger Bürgerinitiative „Rettet das Ittertall“ veranstaltet diese Petition als einfache Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger zur Meinungsäußerung gegen die Schaffung von weiteren Gewerbegebieten im Ittertall. Selbstverständlich sind alle Anwohner des Ittertals aus den Nachbarkommunen und

sonstige Interessierte eingeladen, sich mit ihrer Stimme anzuschließen.

Denn noch ist das Ittertall ein Naherholungsgebiet für alle Anwohner in den Städten Wuppertal, Solingen, Haan und Hilden. Auch ist das Tal als Grünzug ein derzeit noch funktionierender Biotop-Verbund zwischen Naturschutzgebieten im

Tal der Wupper bei Burgholz und längs des Rheins bei Urdenbach.

Zusammen mit den Naturschutzgebieten im Ittertall selbst ist das Tal Lebensraum für bedrohte Tiere und Pflanzen.

Aktuelle Planungen im Rahmen der Erstellung des Regionalplans Düsseldorf sehen aber weiterhin die Ausweisung von neuen Gewerbegebieten vor. Insbesondere die Solinger Flächen Piepersberg-West, Fürkelrath 2, Buschfeld und Keusenhof sollen von landwirtschaftlich genutzten Flächen in Gewerbegebiete verwandelt werden können. Zusammen mit vorhandenen oder weiteren möglichen Gewerbeflächen in Haan und Wuppertal ergäbe sich dann eine Gewerbeflächenverdichtung, die die noch vorhandenen Freiräume zwischen den Siedlungsgebieten stark einschränken und den Biotop-Verbund verhindern würde.

Gleichzeitig ist die Bewahrung des bestehenden Grünzuges und des Biotop-Verbundes Ittertall erheblich kostensparender als es die notwendigen vergleichbaren Ausgleichsmaßnahmen bei der Ausweisung von Gewerbegebieten wären.

Widderter Bioladen

Börsenstr. 123 42657 Solingen

Öffnungszeiten:

Die. - Fr. 8 – 13:30 Uhr und 14:30 – 18:30 Uhr

Samstag 7:30 – 14 Uhr

Reinen Wein einschenken!

Weine aus Spanien:
Weißwein
Rotwein
Roséwein

1 Liter je 3,99 Euro + 0,25 Euro Pfand





JETZT DIE BÜRGERBETEILIGUNG ZUM REGIONALPLAN NUTZEN!

(dg) Die Siedlungsräume wachsen immer mehr zusammen. Auch wenn sich der Flächenverbrauch bundesweit etwas abgeschwächt hat, ist die Tendenz doch eindeutig: Die landwirtschaftlichen Flächen nehmen ab; Straßen, Gebäude, versiegelte Flächen dehnen sich aus. Auch in Solingen werden die Täler Schritt für Schritt weiter zugebaut, besonders frappierend zeigt sich dies an den Planungen rund ums Ittertal. Der zweite Entwurf des Regionalplanes Düsseldorf liegt gerade aus. Er legt fest, auf welchen Flächen die Städte und Kreise weitere Gewerbe- und Wohngebiete entwickeln dürfen. Leider wird in ihm das Nachhaltigkeitsziel, den fortschreitenden Flächenverbrauch deutlich zu vermindern, wiederum verfehlt. Die Bezirksregierung will alle vier zusätzlich geplanten Gewerbegebiete im Ittertal zur Bebauung frei geben. Obwohl die Mehrheit des Rates wenigstens das Landschaftsschutzgebiet Buschfeld erhalten will, und obwohl das endlich erstellte „Gutachten für den Planungsraum Ittertal“ empfiehlt, es „sollte der Standort Buschfeld aus überwiegend ökologischen Aspekten nicht weiter verfolgt werden“ sieht die Bezirksregierung hier ebenfalls gewerbliche Bauflächen vor.

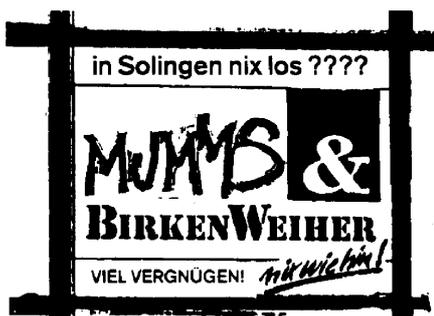
Alle BürgerInnen, Initiativen, Vereine und Institutionen können noch bis zum 7.10. Eingaben zu den konkreten Planungen machen.

Informationen dazu gibt es unter:
<http://rettetdasittertal.eu/2016/08/02/oeffentlichkeitsbeteiligung-zum-zweiten-entwurf-des-rpd/>

http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_2e_062016.html

<https://ratsportal.solingen.de/ris/ris-2014/1417-gesamtgutachten-ittertal-9229121/>

Eigene Einwendungen bitte mailen an:
neue-regionalplanung@brd.nrw.de



KOMMT DER NEUBAU DES HALLENBADS AM STANDORT VOGELSANG?

Für das Schwimmbad Vogelsang wird ein Neubau erstellt. Am 8.9.2016 genehmigte die Bezirksregierung Düsseldorf dafür die Sonderkreditaufnahme von 9 Mio. €. Damit kommt es beim Hallenbad-Neubau nicht zu dem befürchteten Privatisierungsprojekt.

Es bleibt jedoch offen, ob der Neubau am Standort Vogelsang errichtet wird, wo es als behindertenfreundliches Bad hervorragend mit den hier häufig verkehrenden Bussen erreichbar ist. Inzwischen mehren sich Gerüchte, die besagen, dass der Hallenbadneubau auf einer Wiese hinter der MVA errichtet werden soll. Soll hier das attraktive Grundstück am Vogelsang versilbert und das Bad an einem unattraktiven, schlecht mit dem Bus erreichbaren Standort errichtet werden?

Zur Standortfrage eines Neubaus schreibt die Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ in einer Presseerklärung: „Die Planung sollte aber unbedingt berücksichtigen, dass Wald schon jetzt als abgehängter Stadtteil gilt. Soll jetzt auch noch das Schwimmbad aus Wald verschwinden? Jetzt muss sich zeigen, ob in der Frage zur Zukunft des einzig verbliebenen öffentlichen Schwimmbads die verantwortlichen Kommunalpolitiker zu ihrem Wort stehen. (...) Es darf nicht sein, dass Entscheidungen gegen den derzeit attraktiven Standort in Hinterzimmern getroffen werden. Das Bad sollte am Standort bleiben. Hier gibt es eine sehr gute Anbindung an die Busse und optimal kurze Wege von den Haltestellen zum

Bad. (...) Die Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ appelliert an Oberbürgermeister Tim Kurzbach und die Solinger Ratsfraktionen, den Standort des Schwimmbads am Vogelsang und die städtische Eigentümerschaft des Schwimmbads nicht in Frage zu stellen.“

Für den Erhalt des Schwimmbads am Vogelsang haben sich in den letzten Jahren besonders der Reha- und Behindertensport Solingen 1953 e.V. sowie Arnold Falkowski eingesetzt, u.a. mit Petitionen, Kundgebungen und im Juni 2010 mit einer Demonstration von mehreren Hundert Menschen. Dabei forderten sie für die in Solingen lebenden über 20.000 registrierten Behinderten eine völlig barrierefreie und möglichst behindertengerechte Ausstattung sowie eine Einbeziehung behinderter Menschen in die Bewirtschaftung des Bades. Die UN Behindertenrechtskonvention verpflichtet ihre Unterzeichnerstaaten, geeignete Maßnahmen zu treffen, um für Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen den Zugang zur physischen Umwelt zu gewährleisten. Grundlage für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist damit eine möglichst umfassend barrierefrei gestaltete Umwelt. Die Anbindung des Hallenbads Vogelsang an den öffentlichen Nahverkehr ermöglicht die Teilnahme Behinderter am Schwimmen in optimaler Weise.

Dietmar Gaida

„Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören die Rekommunalisierung der Stadtwerke Solingen sowie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Seit der Gründung Anfang 2007 stellen wir uns gegen jede weitere Privatisierung der Grundversorgung unserer Stadt Solingen durch profitorientierte Konzerne. Wir fördern die demokratische Verantwortung in unserer Stadt Solingen: durch Öffentlichkeit, Transparenz und mit Hintergrund-Informationen.

Wir treffen uns jeden zweiten Dienstag im Monat um 19.00 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3
Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

Mehr Infos: www.solingen-gehoert-uns.org

„SOLINGEN GEHÖRT UNS!“





14 NEUE STELLEN FÜR DEN KOMMUNAL- ORDNUNGS- DIENST ?

Unter dem Titel „Sicherheit in Solingen“ wird derzeit eine Vorlage in den Stadtratsgremien diskutiert, welche die Sicherheit in einer, im Verhältnis zu anderen Städten, „sicheren Stadt“ (Kriminalstatistik) verbessern soll. Hier wird vor allem auf Drängen der CDU vorgeschlagen, den Kommunalen Ordnungsdienst (uniformierte Streifen der Ordnungsdienste im Außendienst um 14 auf 16 Stellen insgesamt zu erhöhen. Dies alleine soll knapp eine Millionen Euro kosten. Die noch zu konkretisierende Begleitung durch sozialarbeiterische Angebote, ohne die das ganze Konzept nach Auffassung von Fachleuten überhaupt keinen Sinn macht, würde einen ähnlichen Betrag ausmachen.

Hiermit soll einem höheren „subjektiven Sicherheitsgefühl“ Rechnung getragen werden, obwohl, bis auf die Einbrüche, die Gewaltkriminalität in Solingen allgemein rückläufig ist. bzw. auf einem niedrigen Niveau stagniert. Wie jedoch mit einem solchen KOD gegen Einbrüche vorgegangen werden kann, lässt die Vorlage offen. Langjährige Beobachter der örtlichen Kommunalpolitik stellen fest, dass solche neuen ordnungspolitischen Konzepte immer wieder vor Wahlen ins Gespräch gebracht werden. Und auch diesmal passt diese Diskussion wieder einmal zu den von der CDU im nahen Landtags- und der darauf folgenden Bundestagswahl gewählten Schwerpunkten der Auseinandersetzung. Schade dabei ist nur, dass die erfolgreichen Bemühungen, über Runde Tische oder über Streetworker-Sozialarbeit und Kontaktläden den öffentlichen Raum zu befrieden, immer wieder in Frage gestellt oder nicht weiter ausgebaut werden. Solche Maßnahmen in Verbindung mit ordnungspolitischer Unterstützung haben sich als erfolgreich bewiesen, sind aber von Wahlkämpfern weniger instrumentalisierbar. Wer, wie in der Ratsvorlage angedacht, das freiwillige Engagement von Bürgern als „Sicherheitswärter“ in Erwägung zieht, stellt sich damit sowohl ordnungs- als auch sozialpolitisch ins Abseits.

Frank Knoche

WIR VERURTEILEN DEN MILITÄRPUTSCH – WIR WOLLEN KEINE ERDOGAN-DIKTATUR

Der Putschversuch vom 15.07.2016 forderte viele Todesopfer.

Im Nachhinein erhielt man den Eindruck, dass es nicht auszuschließen ist, dass der gescheiterte Putschversuch von Erdogan und seinem Geheimdienst zunächst stillschweigend geduldet und genutzt wurde, um die Rivalen der Gülen-Anhänger aus den Ämtern entlassen zu können.

Diesen Putschversuch nutzte Erdogan, um die Demokraten, die seit Jahren auch gegen die Gülen-Bewegung gekämpft haben, zu verhaften. Die Unterdrückung der demokratischen und kurdischen Bevölkerung nimmt immer mehr zu. Die Unterdrückung und Verhaftung von demokratischen Oppositionellen auf allen Ebenen hat erschreckende Parallelen zur Wegbereitung in den Nationalsozialismus zum Ende der Weimarer Republik.

Amnesty International berichtete am 28.07.2016: „Gegen 89 Journalistinnen und Journalisten wurde in den vergangenen Tagen Haftbefehl erlassen, Dutzende Medienhäuser, Zeitungen, TV- und Radiostationen wurden geschlossen. Regierungsvertreterinnen und -vertreter bestätigten am Mittwoch, dem 27.7.2016, eine Verfügung, die die Schließung von insgesamt 45 Zeitungen, 16 Fernsehsendern, 23 Radiosendern, 15 Zeitschriften, 29 Verlagshäuser und drei Nachrichtenagenturen vorsieht.“

Am 16.08.2016 haben die Sicherheitskräfte den prokurdischen Zeitungsverlag Özgür Gündem gestürmt, die Druckerei zerstört und 23 Journalisten in Gewahrsam genommen. Die Kurdische Tageszeitung „Azadiya Welat“ wurde am 28.08.2016 von der Polizei gestürmt. Dabei wurden 25 Journalisten verhaftet und der Zeitungsverlag geschlossen. Die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung spitzt sich immer weiter zu. Nach den Zerstörungen der, bzw. in den von Kurden bewohnten Städten Cizre, Silopi, Diyarbakir-Sur, Nusaybin und Silvan herrscht dort weiterhin der Ausnahmezustand.

Das Ziel der Erdogan Regierung ist unter anderem die Unterwerfung des kurdischen Volkes. Wer sich nicht unterwirft, soll vernichtet werden. Der jüngste Einmarsch in Syrien richtete sich nicht – wie behauptet – gegen die IS Verbrecher, sondern gegen die Kurden, indem die türkische Armee mit Dschihadisten zusammen kämpft.

Wir müssen leider feststellen, dass auch hier in Deutschland die islamistischen AKP-Anhänger die unmenschlichen, antidemokratischen Zustände in der Türkei unterstützen

und diese auch durch die deutsche Regierung geduldet werden. Es gibt Angriffe und Drohungen von AKP-Anhängern in Deutschland auf in Deutschland lebende Personen und Einrichtungen.

In den Ansprachen der UETD, die als Auslandsvertretung der AKP agiert, spricht diese angeblich „Für die aus der Türkei stammenden Menschen“. Die UETD kann nur für ihre islamistischen Anhänger sprechen und nicht für die gesamte türkische Bevölkerung. Ein Großteil der hier lebenden türkischstämmigen Menschen sind gegen die islamistisch-diktatorische AKP-Regierung sowie gegen den Putschversuch und den Diktator Erdogan.

Fethullah Gülen organisiert sich seit über 40 Jahren in der Türkei und lebt seit längerer Zeit in den USA. Gülen ist weltweit durch die von ihm erbauten Privatschulen gut vernetzt und in vielen wichtigen Ämtern, wie z.B. im Bildungsministerium, Polizeiapparat, Sicherheitsdienst, Geheimdienst, Finanzsektor, Armee gut organisiert. Die ganze Organisationsstruktur wurde während der Erdogan Regierung noch stärker aufgebaut und bekam die volle Unterstützung der Regierung.

Nach dem Zeitraum vom 17.12.2016 bis zum 25.12.2016 (Korruptionsvorwürfe gegen Erdogan und seine Minister) gab es einen Machtkampf zwischen den Verbündeten Erdogan und Gülen, welcher sie zu Feinden machte. Dieser Machtkampf zwischen diesen beiden antidemokratischen Kräften sollte nicht dazu genutzt werden, die Demokraten und die Antifaschisten unter Druck zu setzen.

Wir wollen eine Türkei ohne Putschisten und ohne Diktator.

Wir wollen eine demokratische Türkei, in der alle Menschen frei sind.

Keine Todesstrafe, keine Folter, keine Menschenrechtsverletzungen.

Stoppt die polizeiliche und militärische Zusammenarbeit von Deutschland mit der Erdogan-Regierung.

Türkischer Volksverein Solingen e.V.,

Alevitische Kultur Gemeinde Solingen e.V.,

Solinger Appell – Forum gegen Krieg und Rassismus.

CETA, TTIP, TISA UND CO

Instrumente eines globalen Wirtschaftskriegs

In den letzten beiden Jahren wurde das geplante Handelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU für viele von uns ein Begriff. In den letzten Monaten lag die Aufmerksamkeit besonders auf CETA, ein vergleichbares Abkommen der EU mit Kanada. Die Verhandlungen dazu gelten als bereits abgeschlossen - es soll möglichst schnell ratifiziert werden. Aber auch das Dienstleistungsabkommen TISA gerät langsam in den Fokus der Öffentlichkeit.

Unsere kommunale Daseinsvorsorge wird ab Inkrafttreten dieser drei Abkommen von deren Auswirkungen mit Sicherheit langfristig spürbar negativ betroffen sein! Alle drei zielen auf weitere Privatisierungen Öffentlicher Institutionen, Einrichtungen und Dienstleistungen ab.

Globale Abkommen

Global bereits mehrere hundert anderer Abkommen mit ähnlichem oder gleichem Inhalt sind unserem Fokus bisher entgangen - weil uns hier in Deutschland bisher keine Nachteile dadurch entstanden sind.

Kaum wahrgenommen wurden z. B. das bereits 2015 abgeschlossene TPP (Trans-Pazifisches Handelsabkommen) wie auch das Handelsabkommen EPA (Economic Partnership Agreement) der EU mit den westlichen, südlichen und östlichen Ländern Afrikas im Jahr 2014 (mit Ausnahme von den nördlichen Ländern Westsahara, Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten).

EPA - Economic Partnership Agreement

Die EPAs sind die von der EU geförderte Abkommen über Freihandelszonen zwischen der EU und den 78 AKP (hauptsächlich ehemalige europäische Kolonien in Afrika, der Karibik und im Pazifik).

Die vertragliche Grundlage von EPA wurde am 23. Juni 2000 von den Mitgliedstaaten der EU und den Mitgliedstaaten der Gruppe der AKP-Staaten in Benin unterzeichnet.

Die Verhandlungen begannen etwa 2004, das Interimsabkommen wurde 2009 unterzeichnet, im Juli 2015 trat EPA in Kraft.

EPA zwingt Afrika, seine Märkte fast komplett für europäische Produkte zu öffnen - ohne schützende Zölle; Handelsschranken gegenüber Europa sind den südlichen afrikanischen Staaten untersagt.

Die EU kann die afrikanischen Staaten also mit Gütern überschwemmen, die deren eigene Produktionen in die Knie zwingt. So verdrängen z. B. billige importierte Hühnerabfälle die heimische Hühnerzucht. Aber auch Elektroschrott wird in Afrika kostengünstig entsorgt. Im Gegenzug importiert die EU wichtige Rohstoffe wie Öl, Gold, wertvolle Mineralien, aber auch landwirtschaftli-

che Produkte (z. B. Rosen aus Kenia).

Zwischen der EU und der Karibik (CARIFORUM = Caribbean Forum of ACP-States) wurde schon 2007 ein regionales Wirtschaftspartnerschaftsabkommen geschlossen.

Von diesen Abkommen profitieren die großen Konzerne des Westens, wie Coca-Cola, Nestlé, BASF, Deutsche Bank, Monsanto, Shell und viele andere. Im Ergebnis stärken die Abkommen die Wirtschaftskraft der westlichen Industrienationen, während die Schwellen- und Entwicklungsländer in eine Abhängigkeit geraten, die jede eigene wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit im Ansatz erstickt. Das ist alles andere als Entwicklungshilfe.

TPP - Trans-Pacific Partnership

Die Transpazifische Partnerschaft (engl. Trans-Pacific Partnership, kurz TPP) ist ein bereits fertig verhandeltes Handelsabkommen zwischen den USA, Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam. Anfang Februar 2016 wurde das Abkommen durch Vertreter aus allen zwölf Ländern unterzeichnet. Die endgültige Ratifikation steht noch aus.

Mindestens zwei Bestandteile werden in allen diesen Verträgen verankert sein:

das Schiedsgerichtsverfahren (ISDS) und der regulatorische Kooperationsrat.

Weitere Handelsabkommen:

NAFTA - North American Free Trade Agreement (USA, Kanada, Mexiko)

ASEAN Free Trade Area (Thailand, Vietnam, Laos, Brunei, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Myanmar, Singapur, Philippinen)

MERKOSUR (Brasilien, Paraguay, Venezuela, Argentinien, Uruguay, Bolivien - assoziiert: Chile, Kolumbien, Peru, Ecuador, Guyana, Surinam)

GAFTA - Greater Arab Free Trade Area (20 Staaten in Nordafrika und auf der arabischen Halbinsel)

Die EU und Indonesien nehmen gerade die Verhandlungen für ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen auf.

Ohne China und Russland

Auffällig ist, dass an keinem der Abkommen dieser neuen Generation Russland oder China beteiligt sind.

Während der Verhandlungen zu TTIP und CETA wurde uns unter anderem durch unsere Regierung vermittelt, dass diese Abkommen notwendig sind: Denn wenn wir diese (neoliberalistischen) Regeln nicht festlegen würden, würden andere die Regeln bestimmen, wie etwa China und Russland.

Von einer Entspannungspolitik zwischen Ost



Zeichnung: Kittihawk

und West, wie sie ab Anfang 1990 spürbar war, ist nicht mehr viel übriggeblieben. Stattdessen verhärten sich auf allen Ebenen wieder die Fronten. Die Nato hat sich bis an die Grenzen von Russland vorgedrängt, allen vorherigen Absprachen zum Trotz. Der Ukraine-Konflikt, in den auch der Westen involviert ist, hat zu Wirtschaftssanktionen im Handel zwischen der EU und Russland geführt. Putin-Bashing ist Trend - nicht nur in den deutschen Medien.

Abkommen mit der EU Mittel zum Zweck?

Geht es bei den Handelsabkommen CETA, TTIP, TISA und TPP in Wirklichkeit um die wirtschaftliche Stärkung der USA mit Hilfe der EU und anderen Staaten gegenüber China und Russland?

Tatsache ist: wenn das Freihandelsabkommen CETA mit Kanada ratifiziert wird, sind die US-Konzerne mit ihren Niederlassungen in Kanada schon in der EU angelangt.

Wenn CETA in Kraft tritt, wird auch TTIP nicht mehr abzuwenden sein. TTIP wird so etwas wie eine Kopie von CETA sein.

Es werden die Schiedsgerichte (ISDS) eingesetzt werden, genauso wie regulatorische Kooperationsräte (zur Weiterentwicklung der Abkommen). Beide Instrumente werden unsere Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aushebeln.

Wirkliche wirtschaftliche Vorteile, die auch ohne ein solches Abkommen erreicht werden könnten, sind jedoch nicht zu erwarten. Das belegen umfangreiche Studien, wie z. B. die Capaldo-Studie der Tufts University aus dem Jahr 2014. Auf Dauer wird eher mit einem Ausloten der kleinen und mittelständischen Unternehmen und vor allem mit einem Niedergang unserer demokratischen, sozialen und ökologischen Errungenschaften in der

EU zu rechnen sein.

Warum unterstützt unsere Regierung diese Abkommen? Warum will die EU-Kommission diese Abkommen gnadenlos umsetzen? zur Not auch ohne parlamentarische Mitbestimmung?

Warum werden alle Tricks angewendet um die Abkommen durchzuboxen? Die vorläufige Anwendung und die Einstufung als „einfaches“ Handelsabkommen sind jetzt im Spiel. Womit übt die USA einen solchen Druck auf die EU aus?

Diese Fragen bedürfen einer ehrlichen Antwort!

Wirtschaftskrieg

Bist du nicht West, dann bist du Ost? und so wirst du behandelt.

Über die wirtschaftlichen Schwächen von China und Russland wird viel spekuliert.

Doch über die schlechte Wirtschaftslage und damit auch soziale Lage des großen Weltenlenkers USA wird relativ wenig berichtet. Aber alle wissen: Dollar drucken hilft auf Dauer nicht.

China dagegen ist schon längst überall im Handel mit drin. Das riesige Land hat bereits viel mehr Einfluss auf den Welthandel als wir uns vorstellen wollen. Über die Rolle als billige Produktionsstätte für westliche Staaten ist China schon längst hinausgewachsen. Eigene Produkte, besonders im technischen Bereich sind auf mindestens dem Niveau der westlichen Anbieter und damit konkurrenzfähig.

Chinas Wirtschaft wächst immer noch auf hohem Niveau, wenn auch abgebremst. Davon können die westlichen Industrienationen nur träumen.

Was liegt da näher, als mit einem dicken Bündel von Handelsverträgen mit möglichst vielen anderen Staaten zu versuchen, China zurückzudrängen und damit China und auch das rohstoffreiche Russland in die Schranken zu weisen?

Fazit

Wenn wir unsere Kommunale Daseinsvorsorge vor Privatisierungen schützen wollen, müssen wir uns gegen CETA, TTIP und TISA wehren.

Wenn wir unsere sozialen Absicherungen, unsere Ökologischen Ziele, die vielen kleinen und mittleren Unternehmen (die hier in Solingen Gewerbesteuer zahlen) und vor allem unsere Demokratie schützen wollen, müssen wir auf die Barrikaden gehen.

Wenn wir nicht Spielball für die Interessen der USA im globalen Wettbewerb gegen China und Russland sein wollen, sondern als eigenständige Wirtschaftsakteur im Sinne einer fairen und friedlicheren Weltwirtschaft dastehen wollen, dann müssen wir diese Abkommen nicht nur ablehnen, sondern dafür sorgen dass sie geschreddert werden.

Menschenwürde vor Profit!

Birgit Correns

GEPLANTE BUNDESFERNSTRASSENG

Ausverkauf öffentlicher Daseinsvorsorge und eine E

Unsere Bundesregierung plant zurzeit unter Federführung von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CDU) die Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft.

In diese sollen sich nach jetzigem Stand Banken, Versicherungen und Pensionsfonds mit bis zu 49,9 % einkaufen können. Im Klartext bedeutet das, dass sie bis zu 100 Milliarden Euro gewinnbringend in öffentliche Infrastruktur anlegen können. Deutschland hat mit einer Länge von rund 13.000 Kilometern eines der dichtesten Autobahnnetze weltweit. Finanziert wurde es mit unseren Steuergeldern und hat heute einen Wert von ca. 200 Milliarden Euro.

Rettungsanker für Banken, Versicherungen und Rettungsfonds

Da die EZB bereits Negativzinsen für große Geldanlagen einstreicht, suchen die Großanleger verzweifelt nach halbwegs guten Anlagemöglichkeiten für das von ihnen verwaltete Geld, um die finanziellen Verpflichtungen gegenüber ihrer Kundschaft erfüllen zu können. Eine Geldanlage in der Bundesfernstraßengesellschaft wäre für viele von ihnen DER Rettungsanker vor einer möglichen Zahlungsunfähigkeit.

Ein erwarteter jährlicher Gewinn von bis zu 8 Prozent wäre jedenfalls bei der derzeit niedrigen Zinspolitik eine traumhafte Rendite. Will die Bundesregierung mit der Gründung einer ÖPP-Fernstraßengesellschaft eine erneute Auflage „Bankenrettung“, ebenso wie eine „öffentliche“ Rettung der Versicherungen und Rentenfonds umgehen? Soll damit zusätzlich die Haushaltssperre und damit die „Schwarze Null“ von Finanzminister Wolfgang Schäuble gesichert werden?

ÖPP / PPP

Mit dem Anlagegeld der Privaten sollen Autobahnen und Fernstraßen saniert und neu gebaut werden.

Mit 50,1 Prozent soll der Bund Mehrheits-eigentümer der geplanten Bundesfernstraßengesellschaft bleiben. Die Verträge sollen über 30 Jahre laufen. Das Ganze nennt sich „Öffentlich Private Partnerschaft“ (ÖPP), auf Englisch „Public Private Partnership“ (PPP)



und beinhaltet nichts anderes als die Teilprivatisierung der Fernstraßen. Die Verträge bleiben geheim, die entstehenden Kosten tragen, wie üblich, die Steuerzahler. Bundes- und Landesrechnungshöfe kritisieren schon lange diese PPP-Projekte, die im Endeffekt immer sehr viel teurer sind als die Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch einfache Kredite.

Einführung von PKW-Maut

Bis 2005 war die Nutzung für alle Fahrzeuge umsonst. Seit Einführung von „Toll Collect“ müssen LKWs eine Maut-Gebühr für die Nutzung der Autobahnen und einiger Fernstraßen zahlen – zuerst für Fahrzeuge über 12 Tonnen, seit Oktober 2015 schon ab 7,5 Tonnen. Die Abrechnung erfolgt elektronisch. Zu befürchten ist, dass, um die hohen Renditen für Banken, Versicherungskonzerne und Rentenfonds zu sichern, über kurz oder lang eine Autobahn-Maut für alle Nutzer eingeführt wird - also auch für PKWs.

Grundgesetzänderung geplant

Noch gibt es ein Hindernis: Das Grundgesetz muss dafür geändert werden! Die Planung, der Bau und Betrieb der Bundesfernstraßen unterliegt bis heute laut Gesetz den einzelnen Bundesländern – der Bund übernimmt die Finanzierung. Eine zentrale Gesellschaft würde den einzelnen Ländern die Zuständigkeit wegnehmen. Zusätzlich müsste die geplante Gesellschaft auch eine Autonomie gegenüber dem Bund erhalten, da die Privaten natürlich mitentscheiden wollen. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) arbeitet bereits



Gruppentreffen finden in der Regel jeden 1. Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr statt bei der Lebenshilfe im Südpark Alexander-Coppel-Str. 19-21 Eingang zum Portugiesischen Zentrum, Seminarraum 1. Etage



GESELLSCHAFT:

e Bankrotterklärung

an einem Konzept. Die Grundgesetzänderung, die an mehreren Stellen notwendig wird, benötigt eine Mehrheit von 2/3 des Bundestags.

Folgen

Die geplante Bundesfernstraßengesellschaft ist die Fortführung einer verdeckten Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Durch fiskalische Tricks wird ein sogenannter „Schattenhaushalt“ geschaffen, der die wahren Schulden auf lange Zeit verschleiert und verschleppt. Die ÖPP-Bundesfernstraßengesellschaft wäre eine Bankrotterklärung der demokratischen Politik.

Vorsicht: Mit Inkrafttreten der geplanten Handels- und Dienstleistungsabkommen CETA, TTIP und TISA könnten natürlich auch Finanzinvestoren aus den USA und anderen Ländern Zugang zu unserer Infrastruktur bekommen.

Einfache Alternative

Sehr viel günstiger, sicherer und effektiver wäre eine Finanzierung der Sanierung und der Instandhaltung sowie dem Neu- und Ausbau der Straßen durch Kredite in der derzeitigen und wahrscheinlich noch länger anhaltenden Niedrigzinspolitik.

Birgit Correns



GEMEINSAM GEGEN RASSISTISCHE GEWALT IN DEUTSCHLAND!

Brandanschläge, Angriffe, Gewaltandrohungen und Einschüchterungen: Deutschland erlebt aktuell eine drastische Zunahme rassistischer Gewalt. Täglich werden Menschen angegriffen - sei es wegen ihrer äußeren Erscheinung, ihrer angenommenen Religion oder anderer Zuschreibungen.

2015 wurden Flüchtlingsunterkünfte laut offiziellen Angaben 1.031 Mal zum Ziel von Straftaten - fünfmal so oft wie im Jahr zuvor.

In den wenigsten Fällen werden die Verantwortlichen für rassistische Gewalt zur Rechenschaft gezogen. Die deutschen Strafverfolgungsbehörden sind zu häufig nicht in der Lage, rassistische Straftaten als solche zu erkennen und effektiv zu ermitteln. In vielen Fällen vernachlässigt die Polizei rassistische Motive und erfasst sie beispielsweise lediglich als sogenannte Gewaltdelikte.

Ein extremer Fall ist die Mordserie des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Jahrelang hatten die Ermittlungsbehörden rassistische Motive unbeachtet gelassen und Verwandte der Opfer wie Tatverdächtige behandelt. Amnesty International sieht darin deutliche Anzeichen für institutionellen Rassismus.

Das muss ein Ende haben! Rassistische Gewalt und Diskriminierung müssen gestoppt werden! Denn jede rassistische Tat ist ein Angriff auf den Kern der Menschenrechte: die Gleichheit aller Menschen. Alle Menschen in Deutschland müssen sich sicher fühlen können – egal woher sie kommen, welcher Religion sie angehören oder wie sie aussehen. Deshalb hat Amnesty International im Juni 2016 eine Kampagne gegen rassistische Gewalt in Deutschland gestartet.

Werden Sie aktiv!

Unterzeichnen Sie unsere Online-Petition an den Bundesinnenminister und die Innenminister und -senatoren der Länder und setzen Sie sich dafür ein, dass Menschen in Deutschland vor rassistischer Gewalt geschützt werden!

Helmut Eckermann

Sehr geehrte Innenminister und -senatoren der Länder, sehr geehrter Herr Bundesinnenminister,

wir erleben in Deutschland derzeit eine drastische Zunahme rassistischer Gewalt. Täglich werden Menschen angegriffen. Im vergangenen Jahr waren Flüchtlingsunterkünfte laut offiziellen Angaben 1.031 Mal Ziel von Straftaten – fünf Mal so häufig wie im Jahr zuvor.

Ein Grund dafür liegt im jahrzehntelangen Versagen von Politik und Behörden, rassistische Taten zu erkennen und effektiv zu ermitteln. So wurden z. B. nach den Morden des sogenannten NSU beharrlich rassistische Motive ausgeschlossen und die Verwandten der Opfer wie Tatverdächtige behandelt – ein deutliches Anzeichen für institutionellen Rassismus in deutschen Sicherheitsbehörden.

Rassistische Taten werden häufig als einfache Gewaltdelikte erfasst, u.a. weil die Einschätzung der Betroffenen nicht festgehalten wird. Die verheerende Konsequenz: Das Ausmaß rassistischer Gewalt wird nicht erkannt. Es werden daher keine angemessenen Maßnahmen ergriffen, um von Rassismus betroffene Menschen besser zu schützen.

Daher fordern wir von Ihnen,

- ein bundesweites Rahmenkonzept zum Schutz von Flüchtlingsunterkünften vor rassistischen Angriffen zu vereinbaren,
- eine unabhängige Untersuchung einzuleiten, inwieweit institutioneller Rassismus in der Polizei die Ermittlungen zu rassistischen Straftaten behindert,
- die Behörden bei der Ermittlung von Straftaten dazu zu verpflichten, rassistische Motive zu prüfen und die Perspektive der Betroffenen zu erfassen.

http://action.amnesty.de/l/ger/p/dia/action3/common/public/?action_KEY=10342&d=1

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen, solinger-appell@operamail.com

Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage

TÜRKEI: EINE REISE IN DEN PUTSCH...

Um ihren verstorbenen Onkel in seiner Heimatstadt traditionsgemäß beerdigen zu können, reiste Mina Cetin zusammen mit ihren Eltern, ihrer Nichte Cané Keser und neun weiteren Verwandten etwa eine Woche vor dem Putschversuch nach Ovacik. Ovacik ist die Kreisstadt eines gleichnamigen Landkreises in der Provinz Tuncelli im Osten der Türkei.

Nach Abschluss der Trauerfeierlichkeiten sollte es am Freitag, den 15. Juli zurück nach Deutschland, nach Solingen gehen. Nur Minas Eltern wollten noch einige Zeit in Ovacik verbringen. Mina, Cané und die anderen Familienmitglieder machten sich gegen 17 Uhr mit dem Bus auf den Weg zum Flughafen in Elazig, was normalerweise etwa über zwei Stunden dauert. Doch die offizielle Straße war zu diesem Zeitpunkt bereits vom Militär gesperrt. Die Soldaten teilten ihnen mit, dass Militärstützpunkte in der Region angegriffen worden seien.

So waren sie gezwungen den Weg über die Bergstraße zu nehmen, die sich bis zu einer Höhe von 1.800 Metern hinauf schlängelt. Eine eigentlich wunderschöne Strecke, wenn man die Landschaft genießen möchte – aber die Reisegruppe wurde immer wieder von Militärkontrollen angehalten und befragt. Und immer wieder hörten sie Explosionen und sahen Rauchwolken aufsteigen, was allen Angst machte.

Nach fünf Stunden Fahrt kam die Reisegruppe endlich am Flughafen von Elazig an.

Mina und ihre Familie hatten bereits eingeklickt und die Sicherheitskontrollen passiert, als das Flughafenpersonal plötzlich alle dazu aufrief, den Flughafen sofort zu verlassen. Ein Militärputsch sei im Gange und der Flughafen deshalb ab sofort gesperrt. Was für



Minas Elternhaus wurde 1994 vom türkischen Militär zerstört. Foto: Dietmar Gaida

ein Schock! Die Aufregung unter den Passagieren war groß – und Mina, Cané und ihre Familie bekamen jetzt noch mehr Angst. Wo sollten sie hin in dieser fremden Stadt? Nach Ovacik gab es in dieser Situation kein Zurück mehr. Zudem gehören sie zu einer ethnischen Minderheit, die der türkischen Regierung schon seit langem ein Dorn im Auge ist.

Auf Minas verzweifeltes Hilfesuch organisierte schließlich eine Flughafenmitarbeiterin einen Bus, der alle verhinderten Passagiere in ein einige Kilometer entferntes Hotel brachte. Dort bekamen sie zwar Zimmer, wurden aber gleichzeitig mit einer Ausgangssperre belegt.

gans waren auf den Straßen zu sehen und zu hören.

Mina und Cané blieben drei Tage in ihrem Hotelzimmer. An Schlaf war nicht zu denken, denn sie hatten die Befürchtung, dass es jeden Moment an der Türe klopfen und sie verhaftet werden könnten. Im Hotel gab es viele schwer bewaffnete Sicherheitsleute. Ebenso befürchteten die festsitzenden Reisenden, von den Geheimdienstmitarbeitern des MIT beobachtet zu werden, mit deren Anwesenheit sie rechnen mussten.

Kindheitserinnerungen stiegen bei Mina auf: am 12. September 1980 kam es in der Türkei zum letzten Militärputsch. Auch damals gingen bürgerkriegsähnliche Zustände voraus. Auf den Putsch folgten Verhaftungen, Folterungen und Todesurteile. Damals gab es noch die Todesstrafe – sie wurde erst 2004 abgeschafft.

Ihre Eltern hatten in Vorahnung auf das Geschehen schon im August Mina, damals zehn Jahre alt, und ihren Cousin nach Deutschland geholt.

1994 kam es dann unter der neuen Regierung von Tansu Ciller zu Bombardierungen mit Brandfässern auf viele Dörfer in dem kurdischen Gebiet im Großraum Tunceli, zu dem auch Ovacik gehört. Fast 2.000 Dörfer im Südosten der Türkei wurden damals durch das Militär gewaltsam geräumt. Viele Menschen wurden getötet oder aus ihrer Heimat in die großen Städte vertrieben. Das alles mitzuerleben war Mina damals erspart geblieben.



Über 30 Jahre in der Natur Aktiv
Bergischer Naturschutzverein e.V.
OV Solingen, rbn@rbn-solingen.de
www.rbn-solingen.de



Um 00:37 erhielt auch Cané, die eine türkische Sim-Karte benutzte, zu ihrer Überraschung eine SMS von Präsident Erdogan persönlich: „Wir bitten das ganze Volk für die Demokratie auf die Straßen zu gehen – Die türkische Regierung“. Doch blieben die meisten Bewohner von Elazig nach Beobachtungen von Mina und Cané in ihren Häusern. Sogar das Licht machten viele Bewohner aus. Nur ein paar fanatische Anhänger Erdo-



Nach 36 Jahren, die sie mittlerweile schon in Solingen lebt, war Mina jetzt unerwartet mitten in den nächsten Militärputsch hinein geraten. Ihre Nichte Cané, bereits in der 3. Generation in Solingen geboren, fühlte sich von den Ereignissen völlig überrollt.

Am Sonntag hielt Mina es nicht mehr aus. Zusammen mit vier anderen verhinderten Fluggästen fuhr sie mit einem Taxi zum Flughafen, der jedoch fast völlig verwaist war. Dort bekamen sie die Auskunft, dass der Flughafen, wie auch alle anderen im Umkreis von 200 km, gesperrt sei. Auf Minas Drängen bekamen sie von einer freundlichen Flughafenmitarbeiterin schließlich die Zusage, dass die Reisegruppe verteilt auf unterschiedliche Flüge vielleicht am Montag Plätze bekäme. Allerdings würde es mehrere Zwischenstopps geben.

Mina und die junge Studentin Cané bekamen schließlich einen Platz, der sie mit einem Anschlussflug vom Atatürk-Flughafen in Istanbul nach Deutschland brachte.

Auf dem großen Flughafen in Istanbul konnten sie jede Menge schwer bewaffnete Sicherheitskräfte beobachten, und überall sahen sie Einschusslöcher und andere Kampfschritte des gescheiterten Putschversuchs.

Viele Informationen über das Geschehen hatten sie bis dahin nicht bekommen. Der Zugriff auf soziale Netzwerke wie Facebook und WhatsApp wurde immer wieder gestört, ebenso wie die Telefonverbindungen. Auch Nachrichten gab es nur bruchstückhaft. Ein dicker Stein fiel Mina vom Herzen, als sie endlich in der Maschine nach Deutschland saßen.

Mina und ihre Familie gehören zu der Minderheit der Zaza - alle sind Aleviten. Ihre Vorfahren stammen aus dem persischen Raum, dem heutigen Iran.

Minderheiten wie die Kurden, Aleviten, Zaza und Armenier, die in dem Gebiet um Tunceli in der östlichen Türkei leben, wurden schon immer ausgegrenzt, unterdrückt und auch vertrieben. Was vor dem Putsch noch zu den illegalen Maßnahmen gehörte, ist durch den Putsch legal geworden - denn ein

Ausnahmestandard erlaubt doch vieles.

Den Putsch verurteilt Mina, für dessen Umsetzung anscheinend ahnungslose Soldaten mit dem Auftrag „Manöver-Übungen“ abzuhalten, losgeschickt wurden. Sie ist entsetzt darüber, dass dafür mehr als 260 unschuldige Menschen sterben mussten und über 1.000 verletzt wurden. Sie macht sich aber auch Sorgen um die vielen tausend Verhafteten.

Der nach dem Putsch ausgerufene Ausnahmezustand erlaubt eine Inhaftierung von bis zu 30 Tagen ohne Rechtsbeistand und ohne Kontakt zu den Angehörigen. Auch die erst 2004 abgeschaffte Todesstrafe ist wieder im Gespräch.

Amnesty International und auch andere Organisationen kritisieren bereits öffentlich die menschenunwürdigen Bedingungen der Inhaftierten und sprechen über sichtbare Anzeichen von Folter bei den Gefangenen. Auch die Entlassungen und Verhaftungen an Schulen, Hochschulen, in der Justiz, von Beamten und Journalisten bereiten ihr große Sorgen: alles, was nicht in den Regierungskurs passt, wird aussortiert.

In einem Gespräch fragte ich Mina, welche Veränderungen der Putsch und die sich daran anschließende Entwicklung für sie, ihre Familie und die Alevitische Gemeinde in Solingen bringt.

„Spannungen und Differenzierungen gab es schon immer zwischen den verschiedenen in Solingen lebenden Gruppen mit türkischem Migrationshintergrund. Schon vor langer Zeit haben sich Parallelgesellschaften entwickelt. Vielleicht wird das jetzt für alle offensichtlicher ...“ Dazu zählt für sie als Beispiel die von der UETD organisierte Pro-Erdogan-Großkundgebung in Köln. Stellvertretender Vorsitzender der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) ist der Solinger Rechtsanwalt Fatith Zingal, der offen die Interessen der AKP vertritt.

Aber auch die faschistischen „Grauen Wölfe“ waren bei der Kundgebung vertreten. Die Menge brüllte immer wieder Alahu Akbar“ und „Wir sind Deutschland“.

Minas sieht ihren Lebensmittelpunkt hier in Deutschland - deshalb fühlt sie sich von der derzeitigen Entwicklung in der Türkei nicht so direkt betroffen. Trotzdem macht sie sich große Sorgen, nicht nur um ihre Angehörigen und Freunde, die noch in der Türkei leben. Sie macht sich Sorgen um alle Menschen in der Türkei und um deren Zukunft.

Mina liebt die Türkei mit ihrer kulturellen Vielfalt, der wunderschönen Landschaft und dem bunten Miteinander. Doch die Hoffnung auf eine positive Entwicklung hat sie aufgegeben - statt Fortschritt erwartet sie jetzt nur noch Rückschritt - auf vielen verschiedenen Ebenen.

Aber sie hat noch Hoffnung, dass der Konflikt nicht auch in Deutschland ausgetragen wird:

„Meine Idealvorstellung von einer funktionierenden Gesellschaft ist die, in der der Mensch zählt - unabhängig von Religion, Herkunft oder Hautfarbe, und in der die Menschen nicht durch politische und wirtschaftliche Macht instrumentalisiert werden.“

Birgit Correns

Ein Dutzend Fantasiegeschichten



erschienen im Engelsdorfer Verlag 2016
(ISBN/EAN: 9783960080732)
54 Seiten, 8 Euro.

Lothar Mix, Jahrgang 1946, schreibender Rentner-Autor aus Solingen, hat mit seiner ersten Publikation von Kurzgeschichten ein beachtenswertes Büchlein vorgelegt, das durch seinen einfachen Schreibstil und seine Themenauswahl als zeitlos für Jung und Alt betrachtet werden kann. Sein Untertitel „Ein bunter Mix von Mix“ hält was er verspricht und lässt für das zweite Dutzend viel erwarten.

Viele seiner Geschichten machen die Realität zur Fantasie oder Fantasie zur Realität.

Heinz Mähner



September
bis November
getaway 2016
www.kalender.dorfer-str.21.com

Mi
**Comedy
Punch
Club**
Unsere beliebte Comedy-Show!
Wieder jeden Mittwoch!
Start: 20 Uhr Eintritt: frei
SA

jeden 1. Samstag
**Charts
Party**
feat. ROCKBAR
in der Cocktailbar
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €
SA

**Ü 30
Party**
jeden 2. und 4. Samstag
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €
SA

jeden 3. Samstag
**Zurück in
die Zukunft**
80er & 90er Party
feat. tanz:bar
in der Cocktailbar
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €
FR

**6 Jahre
Phunk Department**
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €
FR 14.10.2016

WILD CATS
DJ Tam-R & guests
Start: 22 Uhr Eintritt: 8/10 €
SA 22.10.2016

**Tribute
to Disco**
Konzert im Rahmen
der Midlife Crisis
Start: 21 Uhr
SA 29.10.2016

jeden 5. Samstag
**EXIT
PARTY**
mit den Original Dj's
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €
MO 31.10.2016

**HALLOWEEN
DART PARTY**
Start: 19 Uhr
FR 04.11.2016

Reggae Reunion
Start: 20 Uhr Eintritt: 5 €
FR

Kalenderdorfer Str. 21 - 42697 Solingen

gruppeninfos

Alevitische Kultur Gemeinde Solingen und Umgebung e.V.:

Weyersberger Str. 32, Kontakt: isolmaz@arcor.de

AG Weiße Rose: Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

Amnesty international:

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Lebenshilfe (Südpark), Alexander-Coppel-Str. 19-21, Kontakt: Tel.: 4 15 78

Attac-Frühstückstreff: Jeden 3. Mittwoch, 10-12h im Café Courage

Ausländerrechtliche Beratungskommission: Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 4 15 78) oder Diakonisches Werk, Ewa Scott (Tel.: 2 87 27)

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

BürgerEnergie Solingen eG: Kontakt und weitere Informationen: www.buergerenergie-solingen.de, info@buergerenergie-solingen.de

Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“: www.rettetdasittertal.de, Post@rettetdasittertal.de

Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“: Jeden 2. Dienstag im Monat, 19h, Café Courage, Mehr Infos: www.solingen-gehoert-uns.org, info@solingen-gehoert-uns.org

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

Cow Club: www.cowclub.de, Kontakt: Wohnzimmer, Düsseldorf Str. 87 donnerstags 20h

Critical Mass: Radfahrer treffen sich zu gemeinsamer Fahrt, sie wollen mehr Unterstützung für das Radfahren. Jeden 3. Freitag im Monat um 19h, SG Parkplatz Eissporthalle

DFG Niederberg/Berg, Land: Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

FAU Solingen: anarchosyndikalistische Gewerkschaft, Offenes Treffen jeden dritten Freitag im Monat im Café Courage, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

Flüchtlingshilfe Solingen e.V.: www.fluechtlingshilfe-solingen.de, Ufergarten 25, 42651 Solingen, Tel.: 20 00 25 34, Fax: 20 00 25 25

Flüchtlingsrat Solingen: Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19h, Café Courage

Förderverein Freibad Aufderhöhe: Kontakt: Birgit Evertz, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauenhaus: Tel: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str. 59, Tel: 5 54 70

Informationsbüro Nicaragua: Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“: Kontakt: D. Donner, Tel.: 0 21 03/6 50 30

Naturfreundegruppe Wald-Ohligs, Haus Holzerbachtal: Eipaßstr. 25b, 42653 SG, Tel.: 0212-313791, Sa.-So. offen, Infos und Programm: www.naturfreundehaus-Holzerbachtal.de

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein: www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de, Kontakt: Thomas Blos, Tel.: 2 30 97 77

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus: c/o Café Courage, Kontakt: solinger-appell@operamail.com, Treff: Do. 6.10.16, 20h, dann 14-tägig

Solinger Arbeitslosenzentrum „Salz“: Tel.: 02 12/23 13 44 33

Stiftung W: www.stifung-w.de; mail@stifung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

tacheles: tacheles-solingen@gmx.de, www.tacheles-solingen.de; c/o Café Courage

Türkischer Volksverein Solingen und Umgebung e.V.:

Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

Unterstützerkreis Stolpersteine für Solingen:

c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel.: 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):

www.solingen.vvn-bda.de, c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel.: 31 81 30

ZukunftsWelten e.V.: Kontakt: Familie Thom, Mohrenkamp 20, SG, Tel.: 59 07 96